



Matthias Herrmann
stellv. Bundesvorsitzender der VdB Bundesbankgewerkschaft

Rede anlässlich der Protestkundgebung am 13. Oktober 2009

–es gilt das gesprochene Wort–

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

vor Ihnen steht ein tief getroffener Geldbearbeiter.

Wie Sie alle, habe ich mir die Entwicklung der letzten Jahre, die beschönigend Strukturreform genannt wird, nicht vorstellen können. Die neuerliche Positionierung des Bundesbankvorstands zeigt, dass hier nichts mehr sicher ist und die Ziele der Reform, wie die Kostenersparnis, mit der man in Berlin und beim Rechnungshof glänzen will zum allergrößten Teil auf dem Rücken der Beschäftigten in den Filialen erreicht werden soll. Schon der unsägliche Kompromiss bei der Streichung der Bankzulage hat uns gezeigt, dass wir Kolleginnen und Kollegen in den Filialen dem Vorstand nichts mehr wert sind. Dabei haben wir in all den Jahren stets unsere Loyalität mit der Bundesbank gezeigt und waren da, wenn man uns brauchte. Und auch heute zeigen unsere Kolleginnen und Kollegen ihre Loyalität. Sie sind nämlich in ihren Filialen geblieben um den Dienstbetrieb aufrecht zu erhalten, obwohl sie heute alle gerne dabei gewesen wären.

Nur drei Beispiele:

Die DM-Einführung in den neuen Bundesländern, praktisch von heute auf morgen. Da sind unsere Kolleginnen und Kollegen in großer Zahl freiwillig in die damalige DDR gegangen. Und da stand noch nicht fest, ob es einen finanziellen Ausgleich gibt oder nicht. Da haben wir der Bank geholfen! Wer auch sonst? Zeitarbeitsfirmen?

Euro Einführung: Eine riesige Aufgabe mit Arbeitszeiten, die an die Grenzen dessen gingen, was man noch aushalten kann. Dreischichtbetrieb in den Filialen, Transporte noch am späten Abend, Wochenendarbeit, und und und.....

Und kürzlich die Heros Krise. Wieder waren wir gefragt und wieder standen wir am Wochenende mit großer Selbstverständlichkeit bereit. Ich könnte auch über verlängerte Arbeitszeiten, über Zwei-Schichtbetrieb und Samstagsarbeit reden, immer dann, wenn die Bank in Not war und das Geld regulär nicht zu bearbeiten war: wir waren da!!!

Und jetzt? Die Geldbearbeiter haben ihre Schuldigkeit getan, die Geldbearbeiter können gehen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
als uns im HPR am Morgen des 9. September eine Landkarte präsentiert wurde, konnte man meinen, es handele sich um die Weite der Antarktis mit verschiedenen Bohrtürmen, besonders große mit rotem Kreuz. Oder einer Karte über die Auswirkung des Ozonlochs. Aber

nein, es waren 14 rote Kreuze die für die Schließung weiterer Filialen standen. Und wir bekamen eine denkwürdige Präsentation dazu.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Sie werden sich sicher denken können, dass ich als Geldbearbeiter kein Volkswirt oder Betriebswirt bin, aber ich bin auch kein Träumer. Natürlich muss man dort, wo Filialen nicht mehr angefahren werden und wo kein Geld mehr ist, verantwortungsvoll darüber nachdenken, wie es weiter geht. Aber wenn die Positionierung so umgesetzt wird, werden Filialen geschlossen die voll ausgelastet sind. Und Kolleginnen und Kollegen, ich habe mir in unserem Hause ziemlich viel vorstellen können, aber das man ausrechnen kann, wie viel Fläche in qm man braucht um 100 Pakete bearbeiten zu können, war schon überraschend. Und jetzt sind leider zu viele qm dabei rausgekommen. Und das dient jetzt als Begründung für die Schließungsabsicht? Ohne an die Beschäftigten zu denken? An das höchste Gut dass ein Arbeitgeber haben kann? Kolleginnen und Kollegen so kann man mit uns nicht umgehen, das haben wir nicht verdient!

Die von mir angesprochene Landkarte war dann doch nicht die Antarktis sondern die Bundesrepublik Deutschland. Und die vierzehn Kreuze von Nord nach Süd, von West nach Ost verteilt. Und Schleswig Holstein wird damit zur Notenbankfreien Zone. Es kommt bei diesen Schließungen zu Entfernungen, die man an einem Tag nicht bewältigen kann. Das heißt umziehen oder Wochenendbeziehung und hoher finanzieller Aufwand. Dr. Sarrazin meint zwar das sei etwas unangenehm aber nicht existenzbedrohend. Ich sage Ihnen Herr Dr. Sarrazin, das ist existenzbedrohend, denn die Gehälter in der Geldbearbeitung sind nicht so, dass immer ein Verdiener ausreicht, schon gar nicht, wenn bereits jetzt hohe Fahrkosten anfallen. Und daran sollten Sie auch mal denken. Viele von uns haben auch Betreuungspflichten und haben pflegebedürftige Eltern und möchten denen das Heim ersparen. Das wird jetzt nicht mehr gehen, entweder durch die hohe Fahrzeiten oder durch einen erzwungenen Umzug! Etwas unangenehm? Oder verkaufen Sie doch mal ein Haus in Flensburg oder Bayreuth und kaufen ein neues in Hamburg oder München. Hier werden ganze Lebensplanungen zerstört, Familien auseinander gerissen – alles wegen ein paar qm!

Und noch etwas Herr Dr. Sarrazin, wenn es wirklich Ihre Meinung ist, dass 40 % der Berliner Kinder in der Unterschicht geboren werden, dass könnten Sie ja auch mal fragen woran das liegt. Das liegt unter anderem daran, dass es zuwenig Arbeit gibt und die Leute aus der Mittelschicht durch Arbeitslosigkeit einfach abrutschen. Sie haben doch dafür gesorgt, dass Arbeitsplätze ohne Ende in der Berliner Verwaltung abgebaut wurden. Sicher werden die Kolleginnen und Kollegen dort auch nicht entlassen worden sein, aber für unsere Kinder und Enkelkinder sind die Arbeitsplätze für immer verloren, genau wie hier in der Bank. Was Sie sonst noch in den letzten Tagen in Interviews gesagt haben möchte ich an dieser Stelle nicht wiederholen. Aber im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen fordere ich Sie auf, diesen Quatsch zu lassen! Sie beschädigen das Ansehen unserer Bundesbank und am Ende auch das Ansehen unserer Kolleginnen und Kollegen!

Und jetzt werfen Sie uns in unserer Hauszeitschrift noch vor, dass wir das Privileg haben einen unkündbaren Arbeitsplatz zu haben der unverschämterweise auch noch zu regelmäßigen Zahlungen führt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich bin seit fast dreißig Jahren bei der Bank und ich habe die Bank immer als sozialen Arbeitgeber empfunden. Die Positionierung des Vorstands lässt für die Zukunft anderes vermuten. Ich bin noch vor kurzem in der Filiale Duisburg gewesen. Nach der Positionierung soll diese bis 2012 geschlossen werden. Welch eine unnötige Härte für die Kolleginnen und Kollegen. Sie sollen zunächst an andere Filialen und später dann in ein Bearbeitungszentrum, wo sie dann das zweite Mal von vorne anfangen dürfen! Neue Kollegen, neue Vorgesetzte, neue Beurteiler! Und manchmal gibt es Situationen, die schnüren einem die Kehle zu: Dort sitzt in der Pförtnerloge ein schwerbehinderter Kollege im Rollstuhl. Für den ist jeder Tag

wichtig den er in Duisburg bleiben kann. Soll der auch erst in eine andere Filiale und kurze Zeit später in ein Bearbeitungszentrum? Ich sage Ihnen das auch als Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen: müssen diese Härten sein? Dies alles wollte die Hauptvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen, mein Freund und Kollege Burkhard Reiske, Herrn Dr. Sarrazin im Vorfeld der Vorstandspositionierung nahe bringen. Als er deswegen um einen Gesprächstermin bat, erhielt er zur Antwort, dass kein Termin vereinbart werden könne und wenn Dr. Sarrazin seinerseits Gesprächsbedarf sehe, er auf Herrn Reiske zukommen würde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Stil ist wahrhaftig neu für uns. Gerade den Schwerbehindertenvertretern in der Bank gehen alle Türen auf, wenn sie Gesprächsbedarf haben, und da wo Flügeltüren sind, sogar beide Flügel. Dieser Vorgang rundet das Gesamtbild dieser Vorstandspositionierung noch ab und zeigt, was Herr Dr. Sarrazin von seinen Fürsorgepflichten hält.

Und warum sollen denn Filialen, die ohnehin im Gebäude einer HV untergebracht sind, geschlossen werden? Was gewinnen Sie denn da, außer den berüchtigten qm? Nur schließen um des Schließens willen?

Denn Probleme, die das Personal betreffen könnten finden in der Vorlage nicht statt. Es wird auf die begleitenden Maßnahmen verwiesen. Maßnahmen die es seit 2002 bereits gibt und die für Beschlüsse dieser Art nicht mehr ausreichen. Und das ist der eigentliche Skandal: mit der Heckenschere über die Filialen ziehen, Schließungen vorbereiten und sich nicht um uns, um das Kapital der Bank kümmern. Kolleginnen und Kollegen, das haben wir nicht verdient, so kann man mit uns nicht umspringen. Das lassen wir uns nicht gefallen.

Ich appelliere an den Bundesbankvorstand:

Nehmen Sie diese Positionierung zurück!

Nehmen Sie Rücksicht auf Ihre Beschäftigten!

Lassen Sie wieder sozialen Frieden in die Bank einkehren und sorgen Sie dafür, dass gleiche Arbeit wieder gleich bezahlt wird!